

Neugestaltung der kommunalen Seniorenpolitik - Entlastung der vollstationären Versorgung durch Stärkung des selbstständigen Wohnens -

6. Sitzung der Kommission „Silberner Plan“

25.06.2009

Kreishaus Grevenbroich

Waldemar Schmidt



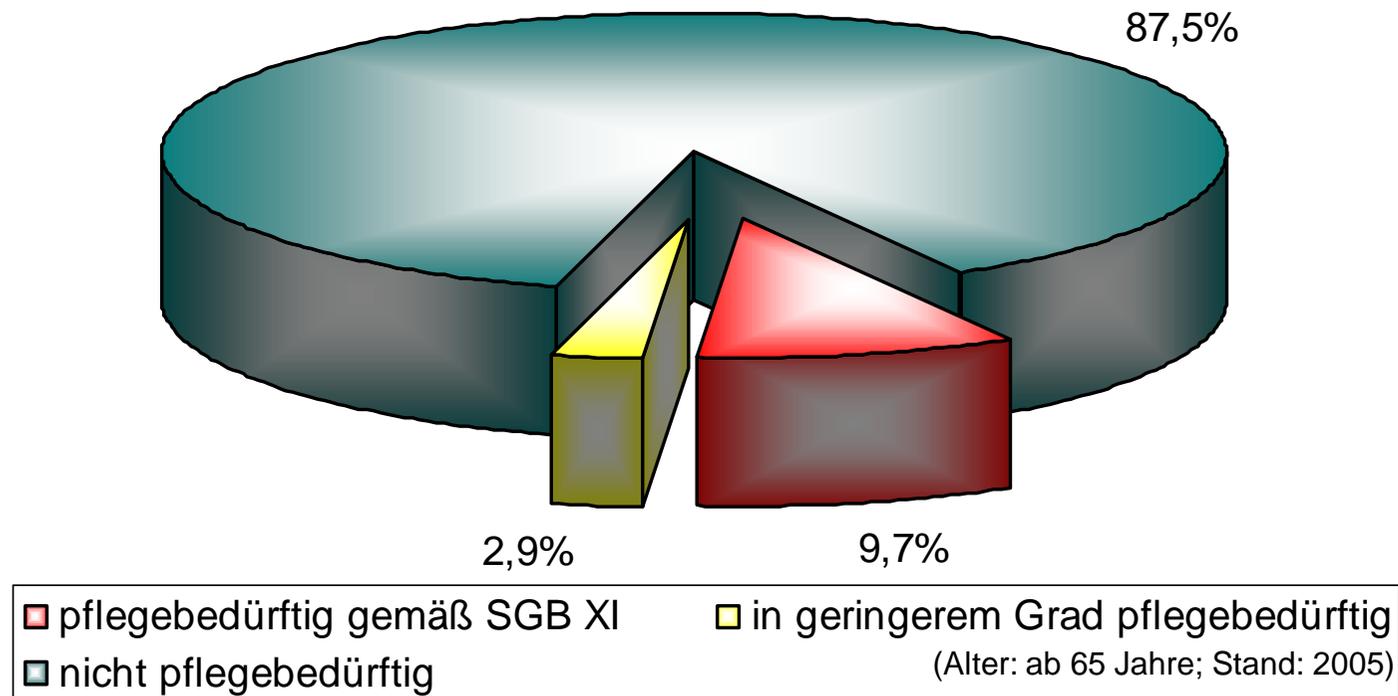
Kuratorium Deutsche Altershilfe

Quartiersbezogene kommunale Altenhilfeplanung

KDA-Eckpunktepapier für eine zukunftsgerechte Gestaltung
der kommunalen Seniorenpolitik

Neugestaltung der kommunalen Seniorenpolitik - warum?

- Dominanz der Pflege thematik,
- aber



Quelle: BMG; eigene Berechnung.

→ Vielfalt von Altersthemen

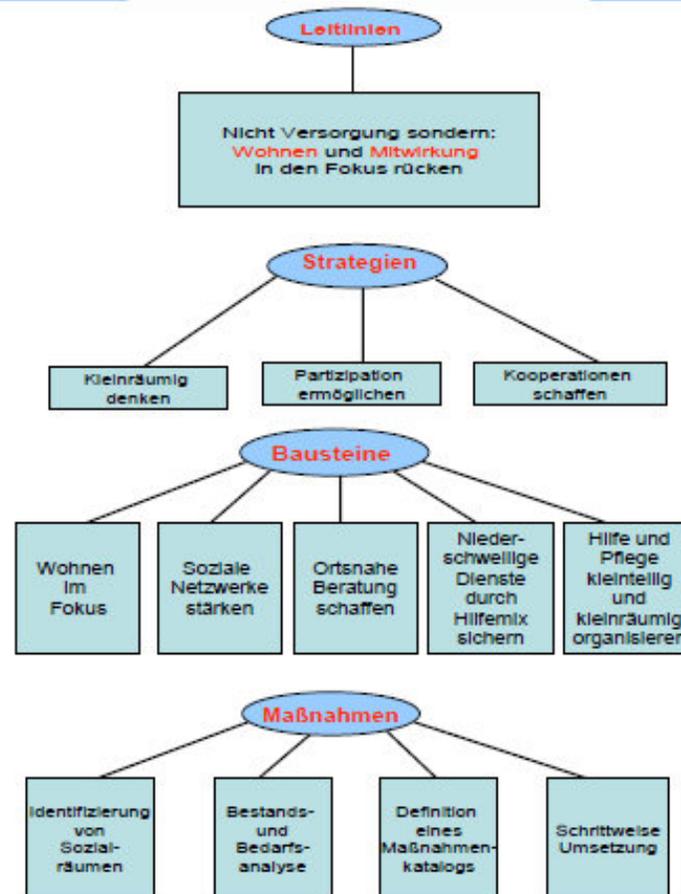
Versorgungssicherheit

- gesundheitliche Versorgung, Prävention, Rehabilitation
- Wohnen, Wohnumfeld
- Mobilität
- alltagsbezogene Dienstleistungen
- pflegerische Versorgung

Aktivität

- Kommunikation
- Bildung, Kultur
- Wirtschaftskraft Alter
- Ehrenamt, bürgerschaftliches Engagement
- Partizipation
= Mitgestaltung, Mitverantwortung

Quartiersbezogene kommunale Altenhilfeplanung

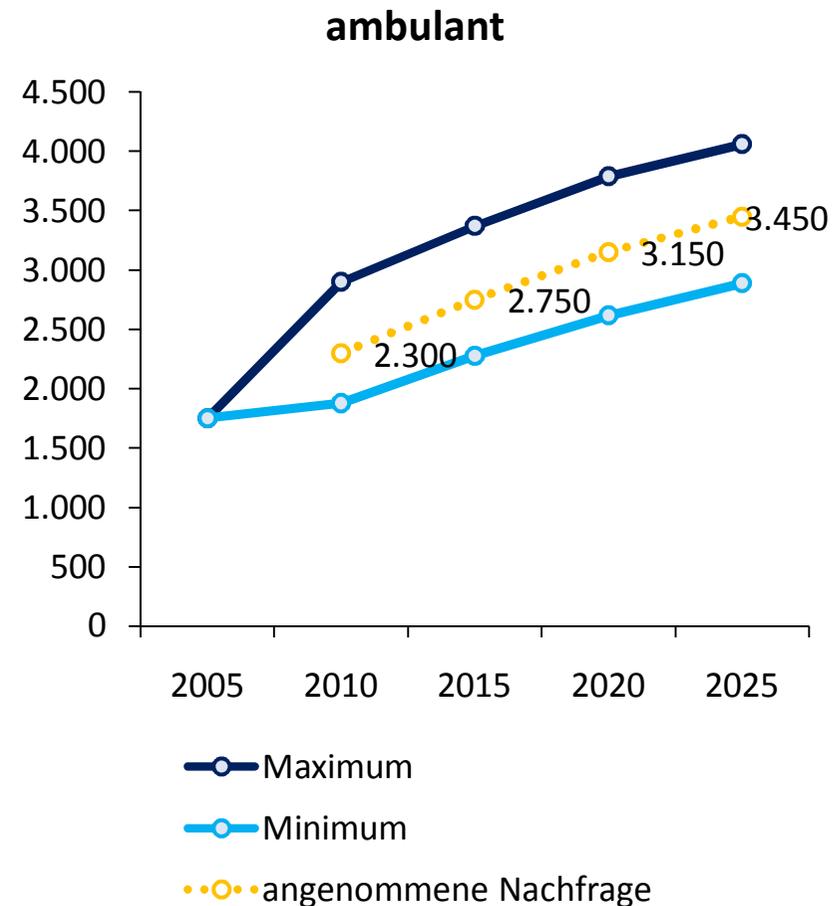
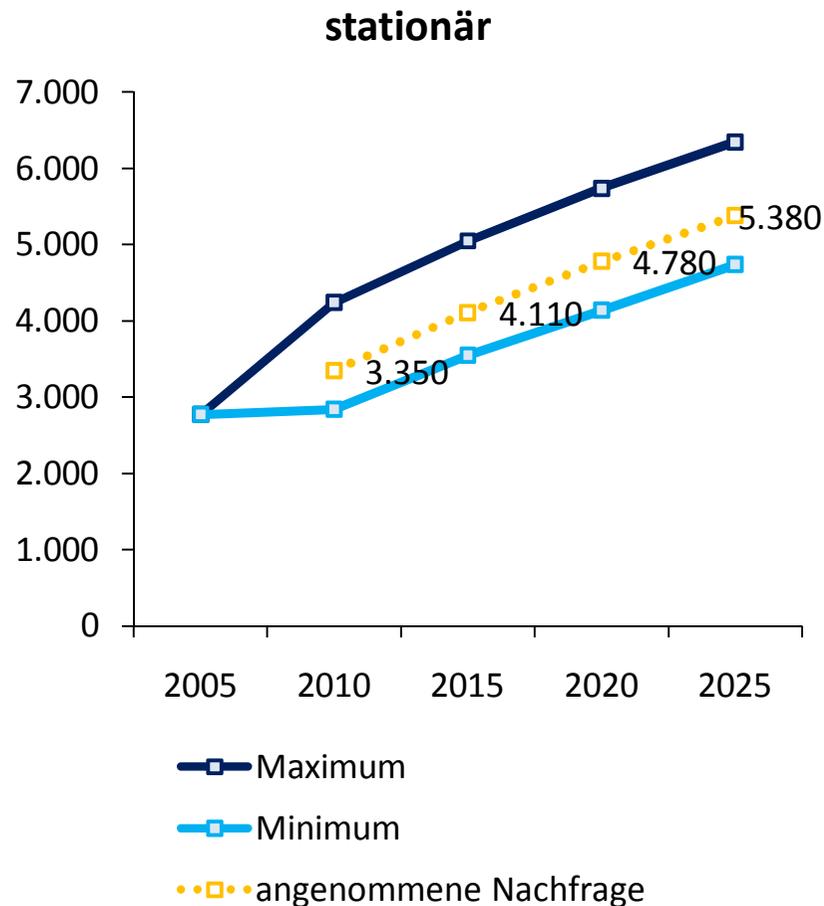


Quelle: KDA-Eckpunktepapier, 2009.

Entlastung der vollstationären Versorgung – warum?

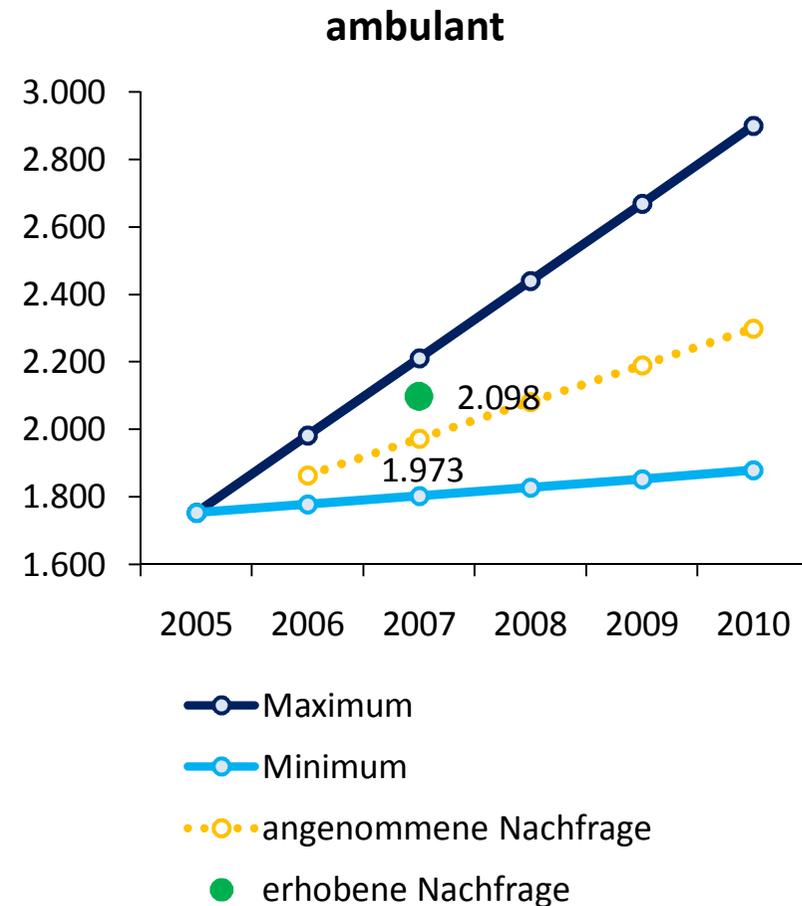
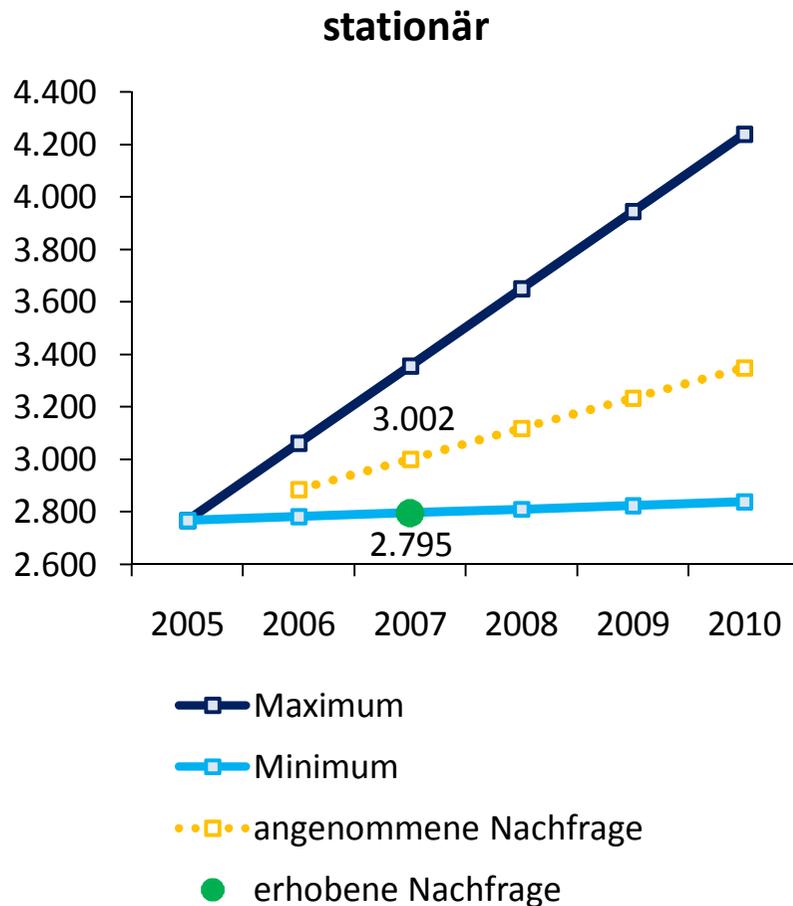
- gesetzliche Verpflichtung: Vorrang ambulanter vor stationärer Pflege gemäß § 3 SGB XI,
- Wunsch des weit überwiegenden Teils der (älteren) Menschen,
- kommunales Interesse: Begrenzung der Kosten, die für die stationäre Pflege auf den örtlichen Sozialhilfeträger entfallen.

Pflegerische Versorgung im RKN, Nachfrageentwicklung (Vorausberechnung)



Quelle: eigene Berechnung.

Pflegerische Versorgung im RKN, Nachfrageentwicklung bis 2007 im Vergleich



Quelle: eigene Berechnung.

Wohnen im Alter: Informationsquellen




schader stiftung



Altenwohnung

- Konzept der 60-er und 70-er Jahre:
 - kleine, pflegeleichte Wohnungen mit (damals vergleichsweise) hohem technischen Komfort, aber
 - *keine* barrierefreie Gestaltung;
- *neue* Anforderungen an altengerechte Wohnungen:
 - Eignung zu selbstständiger Lebensführung *auch* bei eingeschränkter körperlicher Mobilität bzw. Pflegebedürftigkeit, deshalb
 - *Barrierefreiheit* (mindestens barriere-*arme* Gestaltung),
 - zusätzlich (möglichst) ein *Dienstleistungsangebot*

Betreutes Wohnen

- Anspruch: gesicherte Hilfe bei größtmögliche Selbstständigkeit durch Versorgung mit geeignetem Wohnraum, Gemeinschaftsräumen, Betreuungs- und Dienstleistungen;
- unterschiedliche Konzepte:
 - heimverbundene Anlagen,
 - Anlagen mit Vermittlung externer Dienstleistungen,
 - Anlagen mit angegliedertem Pflegedienst (Sozialstation),
 - Seniorenresidenzen, Wohnstifte;
- *keine* allgemeinverbindliche Begriffsdefinition, häufig *unklare* Vertragsformulierungen → Qualitätssiegel;

Betreutes Wohnen

- Nutzer: Personen in höherem Alter, bereits mit gesundheitlichen Einschränkungen und z.T. schon auf hauswirtschaftliche Unterstützung und Pflege angewiesen;
- Bedarf: schwer zu bestimmen, angestrebte Versorgungsquote: 2% - 3% der Altersgruppe ab 65 Jahre;
- Standortkriterien: ruhige, aber zentrale Lage, fußläufige Erreichbarkeit der Infrastruktur des täglichen Bedarfs;
- Wohnungsgröße: 1½- und zwei Zimmer.

Gemeinschaftliches Wohnen

- Anspruch: Verhinderung von Fremdbestimmung (im Heim) *und* Vereinsamung (in der eigenen Wohnung);
- unterschiedliche Konzepte:
 - Wohn- und Hausgemeinschaften, Nachbarschafts- und Siedlungsgemeinschaften, teils auf bestimmte Personengruppen beschränkt,
 - *generell*: alle Formen des gemeinschaftlichen Wohnens von Menschen höheren Alters,
 - generationengemischte Projekte (in Deutschland präferiert),
 - altershomogene Projekte;
- *kein* einheitliches Leitbild in Deutschland;

Gemeinschaftliches Wohnen

- Nutzung:
 - *Diskrepanz* zwischen allgemeinem Interesse und realisierten Projekten,
 - geschätzte Zahl realisierter Projekte in Deutschland: ca. 100, geschätzte Zahl der involvierten älteren Menschen: ca. 1.000 (Stand: 2005, demgegenüber in den Niederlanden: über 300 Wohnprojekte mit mehr als 5.000 älteren Personen),
 - Ursachen für geringe Projektrealisierung: ungenügende öffentliche Unterstützung, Vorbehalte von Wohnungsunternehmen
- Anforderung: gesicherte Privatheit in einer abgeschlossenen Wohnung.

Ambulant betreute Wohngruppen

- gemeinschaftlich organisierte Pflege und Betreuung von Personen, die nicht mehr in der Lage sind, selbstständig eine gemeinschaftliche Wohnform zu realisieren;
- unterschiedliche Konzepte, die sich auf unterschiedliche Zielgruppen mit unterschiedlichem Pflege- bzw. Unterstützungsbedarf beziehen;
- bei hohem Pflegebedarf kein Kostenvorteil gegenüber der Versorgung in einem Pflegeheim;
- hohe Zufriedenheit;
- Probleme: Beschaffung geeigneten Wohnraums, Finanzierung erforderlicher Umbaumaßnahmen, Kostenübernahme durch den örtlichen Sozialhilfeträger

Formen selbstständigen Wohnens im Alter

Wohnform	für einen Anteil der 65-jährigen und Älteren von
Altenwohnung	1%
Betreutes Wohnen	2%
○ betreute Wohngemeinschaft	
○ betreute Hausgemeinschaft	
gemeinschaftliches Wohnen	0,01%
○ Wohngemeinschaft	
○ Hausgemeinschaft	
ambulant betreute Wohngruppen	0.01%
„normale“ Wohnung	93%
Heim	4%

„Normales“ Wohnen

- Vorzug der *sozialen* Eignung:
 - Vertrautheit der Wohnung,
 - Vertrautheit der Nachbarschaft und des Wohnumfeldes,
 - relativ preiswerter Mietwohnraum;
→ Vertrautheit hoch wichtig für Personen mit (beginnenden) *demenziellen* Störungen;
- *Nachteil* möglicher Isolation und fehlenden Zugangs zu Hilfe.

„Normales“ Wohnen

- Wohnungen baulich i.d.R. nicht von vornherein geeignet für ein Leben mit Einschränkungen der körperlichen Mobilität:
 - fehlende Bewegungsflächen,
 - Barrieren, insbesondere im Sanitärbereich,
 - Ausstattungs-, Einrichtungsmängel etc;
- Wohnungsanpassung und Wohnberatung
 - Anpassungsmaßnahmen häufig unspektakulär, aber
 - erfordern eingehende Beratung.

Maßnahmen der Wohnungsanpassung

bauliche Maßnahmen: 35%		Veränderungen der Ausstattung: 36%		Einsatz von Hilfsmitteln: 29%	
davon:					
31%	Erreichbarkeit der Wohnung verbessern	32%	im Bad	69%	im Bad
30%	Umbau/Einbau Dusche/Badewanne	23%	im Wohn- und Schlafbereich	13%	Geh- und Stehhilfen
11%	Türverbreiterung	15%	in der Küche	10%	Balkonschwelen überbrücken
9%	Zimmerumbau	11%	bei Fußbodenbelägen	4%	Treppenlift
6%	rollstuhlgerechter Wohnungsumbau	6%	höhere Einbruchssicherheit	4%	In Küche und Haushalt
		2%	bessere Beleuchtung		

Quelle: T. Niepel, Effektivität und Effizienz von Beratung zur Wohnungsanpassung, Universität Bielefeld 1995

Maßnahmen der Wohnungsanpassung

Gebäude-, Wohnungsteile	Anteil
Sanitärbereich	75%
Zugangsbereich (Haus, Wohnung, Zimmer)	59%
Schlafzimmer	32%
Wohnzimmer	27%
Korridor	23%
Küche	19%
Balkon, Keller	19%

Resümee

- Maßnahmen zur Anpassung des Wohnungsbestandes an die Wohnbedürfnisse von (älteren) Personen mit Einschränkungen ihrer Mobilität bzw. Personen, die hilfe- oder pflegebedürftig sind, dürften die stationäre Pflege im Vergleich zur Förderung anderer Wohnformen am stärksten entlasten.
 - Welche Potenziale für Wohnraumanpassung bestehen im RKN?
 - Welche finanziellen Auswirkungen können erwartet werden? (Entlastung des Sozialhilfeträgers, Kosten der Wohnberatung)
 - Wären ergänzende Maßnahmen erforderlich? Welche ggf.?